



# ODENWALD KURIER

---

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**Mai  
2023**

---

## **Guten Tag!**

Die Ampelregierung will das Klima retten, indem sie die Fantasien des Habeck-Ministeriums umsetzt, uns neue Heizungsregeln aufzwingt und den Verbrennermotor verbietet. Es ist noch nicht so lange her, da hat man uns Gasheizungen als saubere und preiswerte Alternativen zu Öl und Kohle angepriesen. Doch jetzt ist das alles Schnee von gestern.

Mit den Sanktionen gegen Russland und der Sprengung der Nordstream-Pipelines wurden wir von preisgünstiger Energiezufuhr abgeschnitten. Laut Wirtschaftsminister Habeck alles kein Problem, denn ab jetzt soll Sonne und Wind die Wohnungen heizen, die Mobilität bewerkstelligen und am Ende noch Wasserstoff für die Industrie erzeugen, denn das Feuer in den Schmelzöfen für Stahl, Kupfer oder Glas darf nicht ausgehen.

Darin steckt sehr viel Glaube, aber wenig Realität.

Während sich unsere Bundesregierung – ohne die Bevölkerung zu fragen – von den fossilen Energieträgern verabschieden will, werden inzwischen die Öl- und Gasströme nach China und Indien umgeleitet, dorthin, wo die Werkbänke der Welt entstanden sind. Mit der Abwanderung der Industrie in die USA oder nach China sinkt zwar der CO-Ausstoß bei uns, was dem Weltklima aber ziemlich egal sein dürfte. Doch vorerst entpuppt sich die grüne Weltrettung als große Täuschung der Öffentlichkeit, denn statt Gas hat Deutschland im vergangenen Jahr

acht Prozent mehr Steinkohle aus Russland importiert als im Vorjahr. Nachdem Kohle aus Russland im August 2022 verboten wurde, werden wir aus den USA, Australien und Kolumbien beliefert, das ist ja gleich um die Ecke. Eines ist jetzt schon klar: Strom aus Sonne und Wind reicht uns bei weitem nicht. Aber in naher Zukunft sollen durch Sonne



***In blau die Länder, die ab 2035  
Verbrennungsmotoren verbieten  
um die Welt zu retten.***

und Wind nicht nur alle Elektrogeräte, Computer und Rechenzentren betrieben werden, sondern auch alle Gebäudeheizungen mit einem Anteil von 65 Prozent an erneuerbaren Energien.

In Deutschland gibt es rund 43 Millionen Wohnungen, wovon 21 Millionen mit Gas und 10 Millionen mit Öl beheizt werden. Das bedeutet, dass ca. 80 Prozent aller Heizungen auf andere (grüne) Energien umgestellt werden müssen.

Bundeskanzler Olaf Scholz, der für seine Gedächtnislücken bekannt ist, hat kürzlich seinen Plan verkündet, wie das alles gehen soll. So müssten bis 2030 pro Tag vier bis fünf neue Windräder aufgestellt werden und täglich umgerechnet mehr als 40 Fußballfelder voller Solaranlagen entstehen.

Eine Regierung deren Politik nicht auf Effekthascherei gegründet ist, sollte der Bevölkerung reinen Wein einschenken. Wer den Kohleausstieg betreibt, die Kernkraftwerke abschaltet und nur noch teures Frackinggas nutzen will, dem gehen im Winter die Lichter aus und seine Industrie verabschiedet sich aus Deutschland. Der geringe Anteil an regenerativer Energie, die während Dunkelflauten gänzlich ausfällt, kann ein Stromnetz nicht aufrechterhalten. Kraftwerke müssen in Deutschland täglich durchschnittlich 70 Gigawatt an Leistung bereithalten. Der Anteil der Erneuerbaren deckt mit Lücken etwa 20 GW am nötigen Strommix.

Siehe: [https://www.agora-](https://www.agora-energiewende.de/service/agorameter/chart/power_generation/12.03.2023/12.04.2023/today/)

[energiewende.de/service/agorameter/chart/power\\_generation/12.03.2023/12.04.2023/today/](https://www.agora-energiewende.de/service/agorameter/chart/power_generation/12.03.2023/12.04.2023/today/)

*Klimapolitik kann nur international gelöst werden, wenn alle Verursacher mitwirken und auf Konfrontation, Bedrohung und Krieg verzichtet wird. Die kapitalistische, auf Profit und Konsum ausgerichtete Produktionsweise steht da im Wege!*

Bei dieser Planwirtschaft ohne Plan bleibt zum Schluss die Frage, wer dieses Wolkenkuckucksheim bezahlen soll?

Mir drängt sich der Verdacht auf, dass dieses Kartenhaus früher oder später zusammenbricht, die Regierung sich wegen Unfähigkeit verabschiedet und sich die bis jetzt komplizierten Medien dann auf die Versager stürzen.

R. Weber

## **Für Waffen fließt das große Geld**

Fast zeitgleich mit dem Scheitern der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestags zusätzliche 12 Milliarden Euro für Waffenlieferungen an die Ukraine bereitzustellen. Im Gegensatz dazu äußerte sich Innenministerin Nancy Faeser (SPD) zu den berechtigten Forderungen der Beschäftigten, dass hier nicht über irgendwelches Geld, sondern Obacht! – über Steuergeld verhandelt werde. Das erfordere eine besondere „Verantwortung“.

Faesers Steuergeld-Gerede ist eine Beleidigung für all jene, die vor einigen Monaten noch beklatscht und bejubelt wurden. Was wurde nicht alles versprochen: mehr Personal, nicht nur für Krankenhäuser, sondern auch für Gesundheitsämter und Sozialdienste. Im Tarifkampf weicht das Versprechen der Verachtung.

Die Innenministerin weckt alte Vorurteile, wenn sie so tut, als wären Steuereinnahmen zu schade, um sie mit den am Limit arbeitenden Personal zu teilen. Das geschieht im Einklang mit



den Kommunalverbänden, die schon seit Monaten auf die Tränendrüse drücken und behaupten, dass die vollkommen angemessenen ver.di-Forderungen mehr als 15 Milliarden Euro kosten würden – eine Summe die offenbar Eindruck machen soll.

Was dem bürgerlichen Staat als „Arbeitgeber“ viel zu hoch erscheint, ist für den Staat als „Waffenschieber“ viel zu wenig.

V. Cziesla

## Wenn die Börsenkurse

Wenn die Börsenkurse fallen, regt sich Kummer fast bei allen,  
aber manche blühen auf: Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Keck verhökern diese Knaben Dinge, die sie gar nicht haben,  
treten selbst den Absturz los, den sie brauchen - echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten tun sie sich mit Derivaten:  
Wenn Papier den Wert frisiert, wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen, haben Sparer nichts zu lachen  
und die Hypothek aufs Haus heißt, die Bewohner müssen raus.

Trifft's hingegen große Banken, kommt die ganze Welt ins Wanken –  
auch die Spekulantenbrut zittert jetzt um Hab und Gut!

Soll man das System gefährden? Da muss eingeschritten werden:

Der Gewinn, der bleibt privat, die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite, und das bringt erneut Profite,  
hat man doch in jenem Land die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen hat der kleine Mann zu blechen und –  
das ist das Feine ja - nicht nur in Amerika!

Und wenn Kurse wieder steigen, fängt von vorne an der Reigen –  
ist halt Umverteilung pur, stets in eine Richtung nur.

Aber sollten sich die Massen das mal nimmer bieten lassen,  
ist der Ausweg längst bedacht: Dann wird bisschen Krieg gemacht.

*Das Gedicht wurde fälschlicherweise Kurt Tucholsky zugeschrieben,  
aber der Autor ist unbekannt.*



# Die Krise heißt Kapitalismus

**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei

**V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt**  
**E-Mail [rfan@mail.de](mailto:rfan@mail.de)**